

## Noch ist Polen nicht verloren

---

Horst Hartmann, geb. 1927 in Gelsenkirchen, Buchhändlerlehre, Tätigkeit in verschiedenen Verlagen, war von 1970 bis 1986 Pressereferent in einem Unternehmen der Metallindustrie. Er lebt als freier Publizist in Viernheim.

Länger als ein Jahrtausend mußten die Polen um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Nicht erst seit dem Dreißigjährigen Krieg wurden die Grenzen ständig verändert. 1660 fiel Ostpreußen an Preußen, es folgten weitere Gebietsverluste an Preußen, Schweden und Rußland. Mit den drei Teilungen von 1772, 1793 und 1795 verschwand das Königreich Polen von der Landkarte. 1807 vereinigte Napoleon zwar den preußischen und österreichischen Teil zum Großherzogtum Warschau, doch auf dem Wiener Kongreß schrumpfte das Land weiter. Auch die Aufstände von 1831, 1846 und 1863 konnten an der Unterdrückung nichts ändern.

Nach 1918 fielen die Provinzen Posen, Westpreußen und Ost-Oberschlesien, also das deutsche Siedlungsgebiet, an Polen. Doch nicht demokratische Kräfte bestimmten die Nachkriegszeit, sondern von 1926 bis 1935 der Diktator Pilsudski. Nachdem Hitler den Streit um den Korridor und Danzig vom Zaun brach, folgte 1939 der Einmarsch der deutschen Wehrmacht. Unter deutscher Besatzung litten die Polen mehr als alle anderen europäischen Länder, ausgenommen die Sowjetunion. Nicht nur die pohlischen Juden, auch die Intelligenz des Landes wurde verfolgt und ausgerottet. Als sogenannte „Ostarbeiter“ mußten die Polen, vor allem in der Rüstungsindustrie, als rechtlose Kulis, „minderwertige Slawen“, schufteten. Nach 1945 blieb Polen ein kommunistisches Interessengebiet. Erneut kam es zu Grenzverschiebungen. Für Gebiete, die im Osten an die Sowjetunion fielen, bekam Polen Teile von Pommern und ganz Schlesien. Staun rechnete mit einer ewigen Feindschaft zwischen Polen und Deutschen.

Doch die zynische Rechnung des Diktators ging nicht auf, auch wenn die Aversionen der Polen gegenüber den Deutschen erst in den letzten Jahren schwanden. Nach den jüngsten dramatischen Veränderungen in der Sowjetunion besteht für Polen sogar die große Chance, auch das Verhältnis zum mächtigen Nachbarn im Osten zu verbessern. Denn der noch aus den Tagen des Zarismus stammende Russenhaß bestand in versteckter Form auch unter kommunistischen Vorzeichen weiter. Da sich jetzt die zentralistische Sowjetunion in nur locker miteinander verbundene Einzelstaaten verwandelt, wird sich nach dem Abzug der russischen Truppen aus Polen die Atmosphäre verbessern.

Die Normalisierung zwischen Moskau und den unabhängig gewordenen baltischen Republiken sollte eine Annäherung zwischen Warschau und Moskau

erleichtern, zumal die KPdSU als Staatspartei aufgelöst worden ist, und Armee und Geheimdienst nicht mehr die alte Rolle spielen werden. Sollte es in der Sowjetunion allerdings zu massiven Konflikten zwischen den wirtschaftlich starken und den armen Republiken kommen, wäre ein Bürgerkrieg denkbar, wie das Beispiel Jugoslawien zeigt. Besonnenheit und die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts dürften aber auch dann dafür sorgen, daß in Polen keine voreilig handelnden Politiker die Oberhand bekommen. Denn dank des Widerstandes der polnischen Arbeiter in der Solidarnosc ist es hier in den vergangenen Jahren zu weitreichenden Veränderungen gekommen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die Werftarbeiter von Danzig leiteten ein ruhmreiches Kapitel der europäischen Arbeiterbewegung ein. Dennoch: Ein Rückfall Polens in ein nationalistisch-klerikales Präsidialsystem kann nicht ausgeschlossen werden.

#### Die Helden von einst treten in den Hintergrund

Lech Walesa ist zwar inzwischen zum Staatspräsidenten aufgestiegen, und mit ihm haben zahlreiche Gewerkschafter wichtige Regierungsämter übernommen, aber gleichzeitig kam es zur Entfremdung von der eigenen Basis, denn die jetzige Regierung der Zentrumsallianz vertritt vor allem die Interessen des Kapitals bei der Umwandlung der Wirtschaft in ein Marktsystem. Bei der letzten Wahl des Vorsitzenden der Gewerkschaft gingen legendäre Figuren wie Bogdan Borusewicz aus Danzig und Jan Rulewski aus Bromberg leer aus. Zur allgemeinen Überraschung wurde Marian Krzaklewski, Informatiker der Technischen Hochschule Kattowitz, ein typischer Technokrat, neuer Vorsitzender. Er plant grundlegende Reformen, um den Verfall der Solidarnosc aufzuhalten.

Statt der zehn Millionen Mitgliedern im Jahre 1981 gehören heute nur noch 2,3 Millionen der Gewerkschaft an. Lediglich die Hälfte der Polen hält die Solidarnosc noch für vertrauenswürdig. Besonders die junge Generation zeigt eine deutliche Distanz, weil die wirtschaftlichen Nöte kaum überwindbar erscheinen. Krzaklewski will die bislang regional organisierte Gewerkschaft gemäß westlichem Muster nach Branchen neu gliedern. Entscheidend wird aber die Frage sein, ob die Solidarnosc sich weiterhin als verlängerter Arm der Regierung versteht - was bisher gelegentliche Proteste und Streiks nicht ausschloß - oder als Gegenbewegung zur bürgerlichen Regierung. Die einst der KP nahestehenden Branchengewerkschaften der OPZZ können sich gegenwärtig noch auf mindestens drei Millionen Mitglieder stützen. Ihr Prestige erreicht in der Öffentlichkeit zwar nicht das der Solidarnosc, aber die Stärke der OPZZ hegt in ihren kompromißlosen Lohnforderungen gegenüber der Regierung.

#### Polens EG-Beitritt bleibt ein Fernziel

Der polnische Ministerpräsident Krzysztof Bielecki hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Situation Polens erheblich schwieriger ist als die der ehe-

maligen DDR. Während die Bundesrepublik jährlich mehr als 100 Milliarden Mark in Ostdeutschland investiert, kann Polen nur mit zweistelligen Millionenbeträgen aus dem Westen rechnen und muß den eigenen Aufbau durch Exporte ermöglichen. Deshalb hofft die Warschauer Regierung, spätestens bis zum Jahr 2000 durch einen Beitritt zur EG Anschluß an den Westen zu finden. Ein Beauftragter bereitet bereits die Angleichung von 7 000 Vorschriften an die EG-Normen vor. Doch zunächst geht es um aktuelle Probleme.

Die Verschuldung Polens stieg nach Berechnungen des Finanzministeriums und der polnischen Nationalbank ohne Berücksichtigung der mit dem Pariser Klub ausgehandelten Schuldenreduzierung um 50 Prozent bis zum Mai 1991 auf rund 46 Milliarden Dollar. Der Schuldendienst macht etwa fünf Prozent des polnischen Exportes aus. 1990 betrug die polnische Nettoverschuldung rund 42 Milliarden Dollar und erreichte fast die der Sowjetunion von 43,4 Milliarden. Die Einfuhrbeschränkungen des Westens sollen durch eine begrenzte Öffnung der BRD für polnische Waren reduziert werden. Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) hält das für sinnvoller als unkontrollierbare finanzielle Hilfen. Für Kapitalanlagen in Polen sind Bundesgarantien vorgesehen.

Der Kapitalmangel blockiert den Aufbau der polnischen Wirtschaft. Die für 1991 vom Internationalen Währungsfond (IWF) vorgesehenen Hilfen für Osteuropa in Höhe von 22 Milliarden Dollar ändern an der Situation wenig, zumal gleichzeitig die Wachstumsraten des polnischen Sozialprodukts sinken. Der Übergang zur Marktwirtschaft vollzieht sich in Polen langsamer als erwartet, zumal es an der notwendigen Infrastruktur mangelt. 1989 war die Wirtschaftsleistung noch niedriger als 1979. 1990 schrumpfte sie um weitere 19 Prozent, obwohl Reformen erheblich rascher durchgeführt wurden als in der Tschechoslowakei und Ungarn. In der Bonitätsliste des Institutional Investor liegt Polen von allen osteuropäischen Ländern mit 21,6 Punkten an letzter Stelle. Selbst Rumänien und Bulgarien galten im Mai 1991 noch als kreditwürdiger.

Die Investitionen des Westens in Form von Joint-ventures und Beteiligungen am Aktienkapital privatisierter Großbetriebe sind für Polen bislang völlig unzureichend. Unter den 16 größten Abschlüssen westlicher Unternehmen in Osteuropa mit einer Gesamtsumme von über 8,2 Milliarden ist Polen nur mit 190 Millionen berücksichtigt worden, während das viel kleinere Ungarn etwas mehr als eine Milliarde Dollar erhielt. In Polen investierte der britische Glashersteller Pilkington 140 Millionen Dollar und der schweizer Konzern ABB 50 Millionen in den Turbinenbau. Weitere Investitionen erwartet die Regierung von der in London gegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBWE), die das Unternehmertum in Osteuropa fördern soll und hierfür bis zum Jahr 2000 20 Milliarden aufbringen will. Die Hoffnung Bieleckis, die EBWE könnte zu einer Bank der Vereinigten Staaten von Europa erweitert werden, lehnt ihr Präsident Jacques Attali als Illusion ab.

Die in London ansässige Entwicklungsbank will 60 Prozent des Kreditvolumens dem Privatsektor zugute kommen lassen, doch das dürfte unrealistisch sein. Es gibt weder in Polen noch in anderen osteuropäischen Ländern vermögende Schichten, die Betriebe kaufen können. Tadeusz Mazowiecki, der frühere polnische Staatspräsident, forderte daher, den Staatsbetrieben eine längerfristige Existenzmöglichkeit zu bieten. Die mangelnde Bereitschaft des Westens zu Investitionen ist nicht auf die Risiken des Osthandels allein zurückzuführen. Polnische Kreise sind enttäuscht, weil kommunistische Regierungen jahrelang großzügige Kredite erhielten, auch wenn keine Garantien geboten wurden, während dem demokratischen Polen Kredite vorenthalten werden. Die Renditeerwartungen an die Unternehmen sind allerdings auch denkbar hochgeschraubt. Im ersten Jahr einer Investition müssen bereits 40 bis 70 Prozent der geliehenen Gelder zurückfließen. Angesichts derartiger Kalkulationen dürfte es der Regierung schwerfallen, die Lebensbedingungen tatsächlich zu verbessern. Was gegenwärtig als Trumpf Polens ausgespielt werden kann, ist lediglich die Chance, sich als Billiglohnland anzubieten, zumal die Löhne in Ostdeutschland rasch steigen. Der polnische Botschafter in Bonn, Janusz Reiter, sieht die Lage wie folgt: „Entweder das große Kapital kommt nach Polen oder die Leute aus Polen kommen zum Kapital“. Auch Lech Walesa hat Westeuropa mehrfach vor einer Masseneinwanderung gewarnt. „Der Weltmarkt“, so hat erst unlängst der Historiker Karol Modzelewski erklärt, „läßt den Armen keine Chance. Wer einmal wie wir unten ist, der bleibt unten“.

#### Die Inflation galoppiert

Die durchschnittlichen Bruttolöhne sind in den vergangenen eineinhalb Jahren erheblich gestiegen, nämlich von 120 auf 300 Mark im Juni 1991. Aber als Folge der Inflation verbesserten sich die Reallöhne gegenüber 1990 nur um 20 Prozent. Um den Preisanstieg zu bremsen, wurden Kreditzinsen und eine Lohnzuwachssteuer eingeführt, die von den Gewerkschaften erbittert bekämpft wurde. Die Brotpreise blieben zwar stabil, aber die Inflation stieg weiter. Bei Konsumgütern gelang es, die Steigerung von 300 Prozent im Jahr 1989 auf 50 Prozent in diesem Jahr zu senken. Aber der gleichzeitige Abbau von Subventionen führte zu weiteren Preiserhöhungen. Bei Busfahrten waren es 1990 300 Prozent, bei Energiekosten 400 Prozent und die Mieten folgen.

Wenn es inzwischen etwa 100 000 Aktionäre gibt - 50 Jahre lang war der private Aktienbesitz verboten -, so bedeutet das, daß ein polnischer Kleinaktionär gegenwärtig im Durchschnitt etwa drei Monatsgehälter anlegt, mit steigender Tendenz. 1991 führte der Verlust des sowjetischen Marktes und die gleichzeitige Erhöhung der Importpreise für Rohstoffe und Energie aus der Sowjetunion dennoch zu einem wirtschaftlichen Rückgang in Polen. Auch die steigende Nachfrage der Verbraucher nach Importwaren hat die Produktivität der einheimischen Industrie abgeschwächt. Allerdings stimmt die Westorientierung des Außenhandels mit 70 Prozent hoffnungsvoll. Doch der regie-

rungsamtliche Optimismus ist mit Vorsicht zu genießen. Jozef Popkiewicz, Professor für Ökonomie an der Universität Breslau, rechnet damit, daß im Rahmen der Liberalisierung nur 15 Prozent der Berufstätigen in der Lage sein werden, ihr Auskommen zu finden, wenn alle Subventionen abgebaut worden sind.

Die Übernahme der 7 000 größten Staatsbetriebe durch Private verläuft langsam, obwohl bis Ende 1991 1 000 mittlere und große Unternehmen verkauft werden sollen. 2 000 Staatsbetrieben wird keine Überlebenschance eingeräumt. Dazu zählen auch Bergwerke und Stahlwerke in Oberschlesien mit zehntausenden von Arbeitsplätzen. Um Massenentlassungen durchzusetzen, werden die alten Betriebe aufgelöst und dann von einem Inhaber als GmbH oder Aktiengesellschaft neu gegründet. Nach der Umwandlung wird dann nur ein kleiner Teil der Mitarbeiter wieder eingestellt. Kein Wunder, wenn die Streiks gegen die wachsende Arbeitslosigkeit jederzeit wieder aufflackern können. Zudem ist auch die brisante Frage, ob ehemalige Eigentümer der Vorkriegszeit entschädigt werden, noch offen. Unter der Übergangsregierung bekam die Kirche ihren Besitz bereits zurück.

Die kommenden Monate nach der Oktoberwahl für den Sejm dürften von großer Tragweite sein, nachdem der liberale Ministerpräsident Krzysztof Bielecki seinen Rücktritt erklärte. Einige Abgeordnete hatten das rigorose Sparprogramm der Regierung heftig kritisiert und eine Abberufung des Kabinetts verlangt. Immerhin umfaßt das Sparprogramm 15 Milliarden Mark und das Defizit im Haushalt kletterte bis Ende August auf 3,8 Milliarden.

Der Sprecher des Staatspräsidenten Lech Walesa reagierte recht kleinlaut mit der Feststellung, der Rücktritt wäre „vorhersehbar“ gewesen. Walesa erwartet vom künftigen Parlament Sondervollmachten, um den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zu ermöglichen. Bislang saßen im Sejm nur 35 Prozent frei gewählte Abgeordnete, während 65 Prozent der kommunistischen alten Regierungskoalition zugeteilt worden waren.

#### Demagogen schaden der Demokratie

Bereits im Sommer 1991 hatte Präsident Lech Walesa zu einem Schlag gegen die Pressefreiheit ausgeholt. Die staatliche Liquidierungskommission für Zeitungsverlage will die „Trybuna“ wegen ihrer Zahlungsrückstände verstaatlichen. Leszek Miller, Generalsekretär der Sozialdemokratie Polens (SDRP) sieht darin eine Knebelung der Linken. Seine Partei beansprucht den Erlös des Pressekonzerns der aufgelösten Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Doch über die Einzelheiten gab es keine Einigung. Zahlungsrückstände hegen auch bei 26 anderen Blättern vor, die nicht geschluckt werden sollen. Die „Trybuna“, Auflage 140 000, berichtet zuerst und oft als einziges Blatt über Fehlschläge der Regierung und Skandale der neuen Spekulantenschicht. Das Abwürgen der „Trybuna“ wiegt umso schwerer als das staatliche Fernsehen kaum Unabhängigkeit unter Beweis stellt.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober werden sich demagogische Ausfälle ebenso wiederholen, wie bei der Präsidentenwahl. Der zwielichtige Kandidat Stanislaw Tyminsky offenbarte sich in seinem Buch „Die heiligen Hunde“ offen als Faschist: „Ein Mittel, alle Menschen polnischen Blutes auf der ganzen Welt zu gemeinsamen Handeln zu einen, ist der Krieg“. Tyminski machte allen Ernstes den Vorschlag: „Die effektivste Waffe für Polen wäre eine intelligente Rakete mit einem Megatonnen-Atomsprengekopf“. Lech Walesa schlug auf die antisemitische Trommel und versicherte, er selbst sei „sauber vom Großvater zum Urgroßvater“; er greife nur jüdische Politiker an. Als „hundertprozentiger Pole“ sprach er abfällig von Minderheiten. Auf den Plakaten mit dem Kopf Mazowieckis tauchte sogar das Wort Jude auf, obwohl das nicht stimmt. Auf die Frage, bei wem die Bürger ihr Geld anlegen würden, entschieden sich dennoch 56 Prozent für Tyminski, 15 für Walesa und sieben für Mazowiecki, der als einziger einen sachlichen Wahlkampf führte. Tyminski versteht sich auch als Linkspopulist, wenn er etwa auf den Internationalen Währungsfond schimpft, der Polen „versklaven“ will. Die Schuld an der polnischen Misere gibt der aus dem Ausland heimgekehrte Tyminski der kapitalistischen Knebelungspolitik. Vor allem ungelernete und unqualifizierte Arbeiter, die Landbevölkerung und jugendliche Wähler ohne Schulabschluß fallen auf ihn herein.

#### Die Kirche regiert mit

Nicht zu übersehen ist der Einfluß der katholischen Kirche. Dir gehören mehr als 90 Prozent der Bevölkerung an. Da der Klerus Walesa offen unterstützt, lehnt es der Präsident ab, ein Verbot von Wahlempfehlungen in kirchlichen Räumen zu erlassen. Walesas Zentrumsallianz versteht sich als christdemokratische Partei und opponiert nicht gegen die Haltung der Bischöfe, die eine Trennung von Staat und Kirche ablehnen. Der Religionsunterricht soll als Pflichtfach an den Schulen eingeführt werden, ungeachtet der Proteste von Orthodoxen und Protestanten. Der einzige Politiker von Rang, der dem Primus Kardinal Jozef Glemp öffentlich widerspricht, ist der liberale Ministerpräsident Bielecki.

Der auch im Westen bekannte Schriftsteller Andrezej Szczypiorski warf dem Klerus Versagen in der gegenwärtigen Lage vor. Der Sturz des Kommunismus habe keine große Liebe zu den Idealen der Freiheit geweckt. Abweichende Meinungen stoßen in der Bevölkerung auf offene Feindseligkeit. Die Auseinandersetzungen um ein verschärftes Abtreibungsgesetz zeigen für Szczypiorski, daß die Verantwortlichen in Polen mit Polizeigewalt christliche Morallehren erzwingen wollten. Die Kirche wehrte sich gegen eine Volksabstimmung über diese Frage. Auch Mazowieckis Demokratische Union stellte sich in den Dienst der Kirche. Da ein Verbot der Abtreibung ohne Ausnahmeregelung keine Chance auf eine Mehrheit im Parlament besaß, legte Mazowiecki im Mai 1991 einen neuen Entwurf im Sejm vor, der offensichtlich heimlich mit dem Episkopat abgestimmt war und ebenfalls darauf hinausläuft, Abtreibungen in Polen zu verbieten. Dabei sind 58 Prozent aller Bürger gegen

jede Einschränkung, bei den Jüngeren sogar 65 Prozent. Doch das Parlament spricht ungeniert von 89 Prozent, die für ein Verbot eintreten würden. Wenn die Kirche ihre Moralvorstellungen gefährdet sieht, fällt die Mehrheit der Parlamentarier um. In Predigten werden abtreibungswillige Frauen als Mörderinnen bezeichnet und 13jährige Schulkinder mußten sich Propagandafilme gegen die Abtreibung ansehen.

Aber weder ein übersteigerter Nationalismus noch ein vergangenheitsorientierter Klerikalismus helfen Polen weiter und schon gar nicht Wüdelosigkeit und die Verleugnung der eigenen Geschichte, wie das Beispiel von Krakau zeigt. Der sowjetische Marschall Koniew sorgte durch ein taktisches Manöver 1945 für den kampfflosen Abzug deutscher Truppen aus Krakau und bewahrte die alte Universitätsstadt vor Straßenkämpfen und schweren Zerstörungen. Die belagerte Wehrmacht wollte die halbe Altstadt und die königliche Wawelburg in die Luft sprengen, zog dann aber kampfflos ab. Koniew wurde ein Dankmal errichtet und eine Straße nach ihm benannt. Inzwischen sind der Straßename des Retters von Krakau umbenannt, das Denkmal abgerissen und die gefallenen Russen, die in der Stadt beigesetzt waren, umgebettet worden. Dagegen gibt es für katholische Heilige und für den Diktator Pilsudski gar nicht genug Straßen. Der Journalist Janusz Tycner warnte seine eifernden Landsleute davor, den alten Totalitarismus nicht durch einen neuen zu ersetzen.

#### „Berufsflüchtlinge“ schießen quer

Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag wird hoffentlich zur Verständigung und Versöhnung beider Völker beitragen, zumal der Streit um die Oder-Neiße-Grenze, die von den deutschen Konservativen jahrzehntelang nicht anerkannt wurde, beigelegt worden ist. Ob die angestrebte Annäherung gelingt, hängt allerdings auch davon ab, ob und in welchem Umfang die von Helmut Kohl angekündigte Unterstützung des polnischen Reformweges realisiert wird. Bestandteil des Nachbarschaftsvertrages sind auch Rechte der deutschen Minderheiten in Polen, deren „ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Identität“ garantiert wird. Politische Sonderrechte werden den Deutschstämmigen nicht eingeräumt.

Was nicht im Vertrag steht, ist die von den Deutschen in Polen sowie den Vertriebenenverbänden aufgeworfene Frage, ob sich Bürger der BRD in Polen niederlassen können. Theoretisch wäre das erst nach einem EG-Beitritt Polens möglich. In Wirklichkeit geht es aber darum, ob Bundesbürgern, die vor 1945 im heutigen Polen wohnten, ihre Grundstücke und Häuser zurückbekommen, was die polnische Seite entschieden ablehnt. Ob die aus Schlesien stammenden Deutschen als Investoren gern gesehen sind, darf bezweifelt werden, auch wenn die polnische Regierung versucht, diesem Reizthema eine positive Seite abzugewinnen. Solange polnische Reisende hinter der deutschen Grenze von Neonazis überfallen und ausgeplündert werden, kann jedenfalls von einer Annäherung von Polen und Deutschen kaum die Rede sein.

Etwa 250 000 Einwohner Schlesiens betrachten sich gegenwärtig als Deutsche, auch wenn viele nur wenige Brocken Deutsch sprechen. Die Hoffnung, jederzeit als Aussiedler in die Bundesrepublik kommen zu können, beflügelt ihren Bekennermut. Meinungsführer dieser Minderheit sind häufig radikale Kräfte, die von Vertretern der Vertriebenenverbände unterstützt und aufgestachelt werden. Einige Vertriebenenvertreter treten für einen autonomen Teüstaat Oberschlesien ein und spekulieren sogar mit einem Anschluß der ehemaligen Provinz an das vereinte Deutschland. Die Oder-Neiße-Linie wird noch immer vielfach abgelehnt, vor allem von der Landsmannschaft Schlesiens. Der „Hindenburg Heimatbrief“ griff den Bundeskanzler an, weil er die Oder-Neiße-Grenze bejahte. Er habe „über die Köpfe der Heimatvertriebenen hinweg unsere Heimat verschachert“.

Die Problematik der doppelten Staatsbürgerschaft ist im deutsch-polnischen Vertrag nicht behandelt worden. Eine offizielle Anerkennung wird von beiden Seiten offensichtlich nicht angestrebt. Da jedoch die Zahl der deutschstämmigen Polen weiter zunehmen dürfte und die Vorteile eines deutschen Passes klar auf der Hand liegen, kann der Schutz der Deutschen in Polen neue Konflikte heraufbeschwören. Mit Hilfe dieses unbezahlbaren Papiere kann der Besitzer jederzeit in die Bundesrepublik übersiedeln oder dort vorübergehend Arbeit aufnehmen. Außerdem hat er Anspruch auf Sozialhilfe, wenn er in Polen keine entsprechenden Leistungen erhält.

Welche Auswüchse durch die doppelte Staatsbürgerschaft möglich sind, zeigte sich, als tausende junger Polen über die Grenze kamen, um dem Dienst in der Armee zu entgehen. Wäre es umgekehrt, und die Nachkommen der im 19. Jahrhundert ins Ruhrgebiet eingewanderten Polen würden über Nacht verschwinden, um der Bundeswehr zu entgehen, würde Bonn sofort energisch in Warschau protestieren und den Vorfall zu einer Staatskrise hochspielen. Aber in Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Lage in Polen, mit weit mehr als 1,5 Millionen Arbeitslosen bereits am Jahresende 1990, bei wachsender Tendenz, glaubt man in Bonn, Polen viel zumuten zu können. Besonders verwerflich ist es, daß den radikalen und revanchistischen Vertriebenenverbänden eine Sonderrolle zugespielt wird. 1990 zahlte das Bundesinnenministerium sechs Millionen Mark für die Deutschen in Polen. Mehr als die Hälfte des Betrages bekamen die Vertriebenenverbände. 1991 stehen bereits 16 Millionen Mark zur Verfügung. Und das, obwohl die Schlesier auf ihrem letzten Treffen in Nürnberg die Bundesregierung angriffen und die Polizei verhindern mußte, daß Spruchbänder gezeigt wurden mit der Parole „Schlesien wird wieder deutsch“.

Der polnische Verband der Geschädigten des Dritten Reiches will den Europäischen Gerichtshof in Den Haag anrufen, wenn die polnische Regierung das Problem der Wiedergutmachung weiter so zögernd behandelt. Der Vorstandsvorsitzende der Organisation, Miroslov Podsiadlo, erklärte, man wolle vom Ministerpräsidenten endlich Angaben über Termin und Höhe der Entschädigungen verlangen. Eine Million Menschen haben sich bereits gemeldet,

---

600 000 Fälle sind geprüft worden. Es handelt sich um ehemalige Gefangene von KZ-Lagern, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Überlebende von „Pazifizierungsaktionen“ sowie Kriegsversehrte.

In den sich dahinschleppenden Gesprächen zwischen Bonn und Warschau ist der Gedanke an eine Stiftung aufgetaucht. Für die Betroffenen besteht dabei die Gefahr, daß es zu keiner individuellen Regelung kommt. Lech Walesa erscheint in diesem Zusammenhang als schillernde Figur. Im Westen bietet er Polens Beitritt zur Nato an und gegenüber der Bundesrepublik wagt er es nicht, die Interessen polnischer Opfer des Dritten Reiches energisch wahrzunehmen. Aber auch die deutsche Außenpolitik wirkt opportunistisch und unmoralisch. Für die Volkstumspolitik steht Geld für die Deutschen in Polen zur Verfügung, nicht aber für die Opfer der deutschen Besetzung.